

Anti-Pluralismus im Mainstream: Antiziganismus und Homophobie in Postings in Online-Zeitungen

Tina Olteanu^{1,*}

¹ Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Wien, Austria

* E-Mail: tina.olteanu@univie.ac.at

Zusammenfassung

Der Beitrag geht der Frage nach, inwiefern antipluralistische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft – im Sinne eines dort stattfindenden Diskurses – verankert sind. Dazu werden Postings auf [krone.at](#) und [derstandard.at](#) untersucht, die sich mit Beiträgen zu Roma und Homosexuellen beschäftigen. Die dort geäußerten Vorstellungen zeigen, dass diesen marginalisierten Gruppen stereotype Verhaltensweisen zugeschrieben und sie als Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft stilisiert werden. In Bezug auf die Roma zeichnen sich eher einhellige ablehnende Äußerungen ab, die teilweise in menschenverachtenden Aussagen münden. Berichterstattungen über Homosexuelle führen zu einem stark polarisierenden Diskurs in den Postings, der neben Verachtung auch wachsende gesellschaftliche Akzeptanz zum Ausdruck bringt. Antipluralismus ist damit im Diskurs in Mehrheitsgesellschaft akzeptiert. Eine fiktive Bedrohung durch marginalisierte Gruppen wird dazu genutzt, gesellschaftlichen Pluralismus, der eine Grundlage moderner Demokratien darstellt, abzulehnen.

Schlüsselwörter

Pluralismus, Anti-Pluralismus, Roma, Homophobie, Postings

Anti-pluralism in mainstream: Anti-pluralism and homophobia in postings on online-journals

Abstract

The article deals with the question to what extent anti-pluralist attitudes are rooted within society. By analyzing postings on [krone.at](#) and [derstandard.at](#) that deal with Roma and homosexuals this article demonstrates that these marginalized groups are presented as threats to society in general. With regard to Roma, rather unanimous negative comments are displayed sometimes close to hate speech. Coverage of homosexuals leads to an extremely polarized discourse. While some-times commenters express deep contempt towards homosexuals other show a growing acceptance. On the whole, anti-pluralism is part of the mainstream. Marginalized groups are presented as a fictitious threat in order to reject pluralism, a core element of modern democracies.

Keywords

pluralism, anti-pluralism, Roma, homophobia, postings

The author has declared that no competing interests exist.

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit antipluralistischen Tendenzen in der österreichischen Gesellschaft. Anhand von Postings zu Zeitungsartikeln wird analysiert, inwiefern hier antipluralistische Diskurse sichtbar werden und wie diese vor dem Hintergrund einer pluralistischen Demokratie zu verorten sind. Dazu werden Postings auf *krone.at* und *derstandard.at* zu zwei Artikeln aus dem Jahr 2013 ausgewählt, die sich mit zwei unterschiedlichen Minderheiten, Roma und Homosexuellen, beschäftigen. Im ersten Schritt werden knapp zentrale Aspekte der (Anti-)Pluralismusdebatte herausgearbeitet (2) sowie eine Darstellung der Ergebnisse der Einstellungsforschung zu Roma und Homosexuellen in Europa und speziell in Österreich vorgenommen (3). Im Folgenden werden das methodische Herangehen, die Fallauswahl und der Materialkorporus beschrieben (4). Daran schließt die Analyse von Antiziganismus (5) und Homophobie (6) an. Die Ergebnisse werden im Fazit vor der Pluralismusdebatte reflektiert (7).

2. Pluralismus, Multikulturalismus und Antipluralismus

Normative Überlegungen zur Bedeutung von Pluralismus in modernen Demokratien begründen den positiven Effekt von Pluralismus mit der Einhegung und Diversifizierung gesellschaftlicher und politischer Machtverhältnisse. Die primäre Vorstellung ist, dass eine Vielzahl von Organisationen und Gruppierungen am Willensbildungsprozess in einer Demokratie beteiligt ist. Pluralismus ist demnach der Demokratie zuträglich, da dadurch der Zugang von unterschiedlichen Interessengruppen zu politischen Entscheidungsprozessen gewährleistet wird. Dies führt laut Fraenkel zur Herauskristallisierung eines Gemeinwohls a posteriori (vgl. Holthaus/Noetzel 2012, 43). Pluralismus gilt somit als Garant für die Wahrung der Demokratie, da er totalitären oder hegemonialen Vermachtungsprozessen entgegenwirkt und sich durch die Beteiligung vieler am politischen Prozess das „Gemeinwohl“ herauskristallisiert.

Der Begriff hat allerdings eine Ausdifferenzierung erfahren, so dass in manchen Konzeptionen von kulturellem oder religiösem Pluralismus gesprochen wird. Diese – häufig implizite – Erweiterung verweist auf divergierende und miteinander konfligierende Wertedebatten. Es wird ein Spannungsverhältnis von bestimmten Formen des Pluralismus und Demokratie konstruiert und als Bedrohungsszenarium gezeichnet:

„Keine Kultur könnte ihre Eigenart bewahren, stünde sie nicht in permanenter Abgrenzung zu anderen und gäbe es nicht die Möglichkeit, an dieser Differenz die eigene Spezifik zu erfahren. Sowohl das Abschotten

gegenüber anderen Kulturen als auch die allzu leichte Übernahme anderer Wertemuster und Verhaltensnormen führt zur Destabilisierung der eigenen Kultur.“ (Weidenfeld et al 1999, 20)

Identität und Differenz sind damit auf der einen Seite konstitutive Elemente politischer Gemeinschaft, gleichzeitig können sie aber auch – so wird dies zumindest gelegentlich suggeriert – gesellschaftliche Sinnkrisen und Orientierungslosigkeit auslösen. Die Sichtbarkeit, Konflikthaftigkeit und Anerkennung von kulturellem und religiösem Pluralismus firmiert auch als Multikulturalismus. Während dieser Begriff in der wissenschaftlichen Debatte unterschiedliche, teils konträre Lesarten ausgeprägt hat (Neubert/Roth/Yildiz 2013, 16f), verweist der öffentliche Diskurs weniger auf die Akzeptanz von Diversität, sondern vielmehr auf die Hierarchisierung von Kulturen und die sich daraus ergebende Aufforderung zur Unterordnung. Dies wird beispielsweise daran deutlich, dass PolitikerInnen den Multikulturalismus für gescheitert erklärt haben (vgl. *derstandard.at* 11.02.2011). Bielefeldt hingegen argumentiert, dass Multikulturalismus bereits eine gesellschaftliche Realität darstellt und daher ein adäquater Umgang damit gefunden werden muss. Er sieht die Gefahr der „antipluralistischen Engführung“ des Integrationsdiskurses (Bielefeldt 2007, 18).

Pluralismus in seiner dem Multikulturalismus ähnlichen Deutung scheint insofern nicht unbedingt ein Merkmal westlicher Demokratien zu sein. Laut Plattner stellt er vielmehr eine Gefährdung der Demokratie dar, da eine gesellschaftliche Einigung auf Kernprinzipien erschwert, wenn nicht gar ausgeschlossen wird (Plattner 2010, 89f). Plattner spricht gar von radikalem Pluralismus (*radical pluralism*), welchen er funktional in ein Verhältnis zu Populismus setzt.¹ Seine These lautet, dass beide, Populismus und radikaler Pluralismus, ein Korrektiv für politische Eliten und letztendlich Demokratien sind.

“[L]iberal democracy today owes much of its resilience to the ways in which its two leading sources of internal opposition – populism and radical pluralism – are inherently at odds with each other.” (Plattner 2010, 91)

Insgesamt ist also überraschend, dass das Verhältnis von Pluralismus und (liberalen) Demokratietheorien im Kern sehr umstritten ist, sobald der Pluralismusbegriff über ein ökonomisches Verständnis von Interessengruppen oder sozialen Gruppen hinaus geht

¹ Er beschreibt allerdings wenig präzise, ab wann dieser als radikal zu klassifizieren sei.

und die Dimensionen von Kultur, Sprache und Religion beinhaltet.

Interessanterweise werden diese an sich unterschiedlichen Sichtweisen auf Pluralismus in dem Begriff des Antipluralismus wieder zusammengeführt: Zum einen geht es um eine hierarchische Struktur von Staat, die es (erneut) zu etablieren gilt, zum anderen um die Ablehnung von gesellschaftlicher Heterogenität, die sich in unterschiedlichen Kulturen, Religionen oder Lebensweisen ausdrücken kann (vgl. auch Ajanovic/Mayer/Sauer 2015). Antipluralismus und Rechtsextremismus sind wiederum verwandte Konzepte, die einen spezifischen Umgang – sprich Ausgrenzung – mit Heterogenität und „Anderen“ verfolgen. Dementsprechend wird „Antipluralismus“ in der Literatur überwiegend im Kontext von Extremismus behandelt (vgl. Lipset/Raab 1971, 6; Salzborn 2011). Trotzdem werden antipluralistische Tendenzen in gängigen Demokratietheorien und -konzepten durchaus auch legitimiert. Hier setzt der vorliegende Artikel an. Es soll ergründet werden, inwiefern antipluralistische Positionen im öffentlichen Diskurs sichtbar sind und wie diese wiederum legitimiert werden, etwa mit dem Hinweis auf Gefährdung eines (universalistischen oder kulturellen) Werte- oder Grundkonsens. Im Fokus stehen solche antipluralistischen Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft. Primär geht es darum, diese darzustellen und in ihren Ausmaßen sichtbar und damit problematisierbar zu machen. Dazu wird der Diskurs über zwei marginalisierte Minderheiten – Roma und Homosexuelle – in den Postings der Online-Ausgaben zweier österreichischer Tageszeitungen untersucht. Postings sind sehr niederschwellige direkte Äußerungen von LeserInnen, die einer recht breiten (Teil-)Öffentlichkeit zugänglich sind.

Hier sind zwei begriffliche Klarstellungen notwendig. Zunächst wird absichtlich mit dem Konstrukt der „Mitte der Gesellschaft“ gearbeitet. Es werden Kommunikationsforen untersucht, die gemeinhin als mediale Orte dieser „Mitte“ des öffentlichen Diskurses wahrgenommen werden (und auch im Selbstverständnis der BetreiberInnen dort gesehen werden). Analysiert werden also einschlägige Diskussionen in österreichweit etablierten und anerkannten Tageszeitungen, und nicht etwa in Plattformen oder Medien, die bereits als rechtspopulistisch oder -extremistisch bekannt sind.

Zweitens ist auch der Minderheitenbegriff an sich zu klären. Klassische Definitionen verweisen auf beschreibbare Kategorien der Verschiedenheit und fokussieren zudem auf die Frage von Abgrenzung durch Minder- oder Mehrheit (Schmidt 2010, 509). Brubaker und andere haben hingegen mit Blick auf ethnische und nationale Minderheiten die Konstruktion von Gruppen (groupism) kritisch hinterfragt (Brubaker 2002). Diese führe erst dazu, dass Individuen als Gruppe konstituiert und konstruiert werden. Ein weiterer Ansatz betont

v.a. den Aspekt von multiplen Identitäten, Selbst- und Fremdwahrnehmungen. Gerade in Bezug auf Roma wird dieses Dilemma der kategorialen Zuordnung besonders deutlich. So werden sie als Ethnie aufgrund von Abstammung und Sprache bezeichnet, während andere Ansätze vor allem auf die Heterogenität der „Gruppen“ verweisen, die als Roma – überwiegend als Fremdschreibung – bezeichnet werden (Barany 1998). Gleiches gilt letztendlich für Homosexualität. Aus einer individuellen sexuellen Orientierung wird eine gesellschaftliche Minderheit, wenn sich Individuen zur kollektiven Interessenvertretung zusammenschließen und dadurch sichtbar werden (klassischer Pluralismus), oder wenn die sexuelle Identität eine zentrale Kategorie für die Selbst- oder Fremdwahrnehmung wird (groupism). Sexuelle Minderheiten gelten dann als „well-defined quasi-ethnic group“ (Herek 2004, 13). Allerdings kommen sie in einem erweiterten Pluralismuskonzept, bzw. im Kontext des Multikulturalismus fast ausschließlich in der queer-feministischen Forschung vor (vgl. hierzu Strasser/Holtzleithner 2010). Diese thematisiert die Abwertung von sexuellen Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft und die „minority within minorities“ (Eisenberg/Spinner-Halev 2005).

Antiziganismus, Homophobie, Heterosexismus und Homosexuellenfeindlichkeit sind umstrittene Begriffe. Antiziganismus, der ja schon vom Wort her ein Paradoxon darstellt, wird hier als „die Bilder und Vorurteile, die sich Menschen von vermeintlichen „Zigeunern“ machen, als auch die Stigmatisierung von Menschen zu „Zigeunern“ und die daraufhin folgende Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung“ (End 2011, 16) definiert. Homophobie beinhaltet von der Begrifflichkeit unterschiedliche Konzepte (Herek 2004, 15). Da sich der Begriff im öffentlichen Diskurs etabliert hat, wird er hier verwendet. Er steht für Ablehnung, Aggression und Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten sowie aktiver Diskriminierung. Dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002) gegen Roma und Homosexuelle soll in den Postings nachgegangen werden. Dies stellt insofern eine Erweiterung des Forschungsstandes dar, da in der Regel die Art der medialen Darstellung der Minderheiten durch JournalistInnen/Medien sowie die dort erfolgende Konstruktion und Stereotypenbildung untersucht wird (vgl. Tiefenacher/Benedikt 2012 für Österreich und Slowakei; Ettinger 2013 für die Schweiz; Thiele 2015 für einen Überblick zu Medien und Stereotype, Drüeke 2013 zu Internet und Öffentlichkeit(en)). Hier wird vielmehr darauf fokussiert, wie sich LeserInnen sehr unmittelbar in Form von Postings dazu äußern.

Die Auswahl der beiden Gruppen für die Analyse basiert auf folgenden Überlegungen. Sie verkörpern das oben ausgeführte Spannungsverhältnis von Demokratie und Pluralismus, dem nachgegangen werden soll, als Gruppen, die den vermeintlichen gesellschaftlichen

Konsens in Frage stellen. Dies ist insbesondere problematisch, da beide Gruppen während der NS-Zeit Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung ausgesetzt und lange Zeit Randthema der Geschichtsaufarbeitung waren. Gleichzeitig sind, wie der folgende Abschnitt zeigt, antipluralistische Einstellungen gegenüber diesen Minderheiten in Europa durchaus verbreitete.

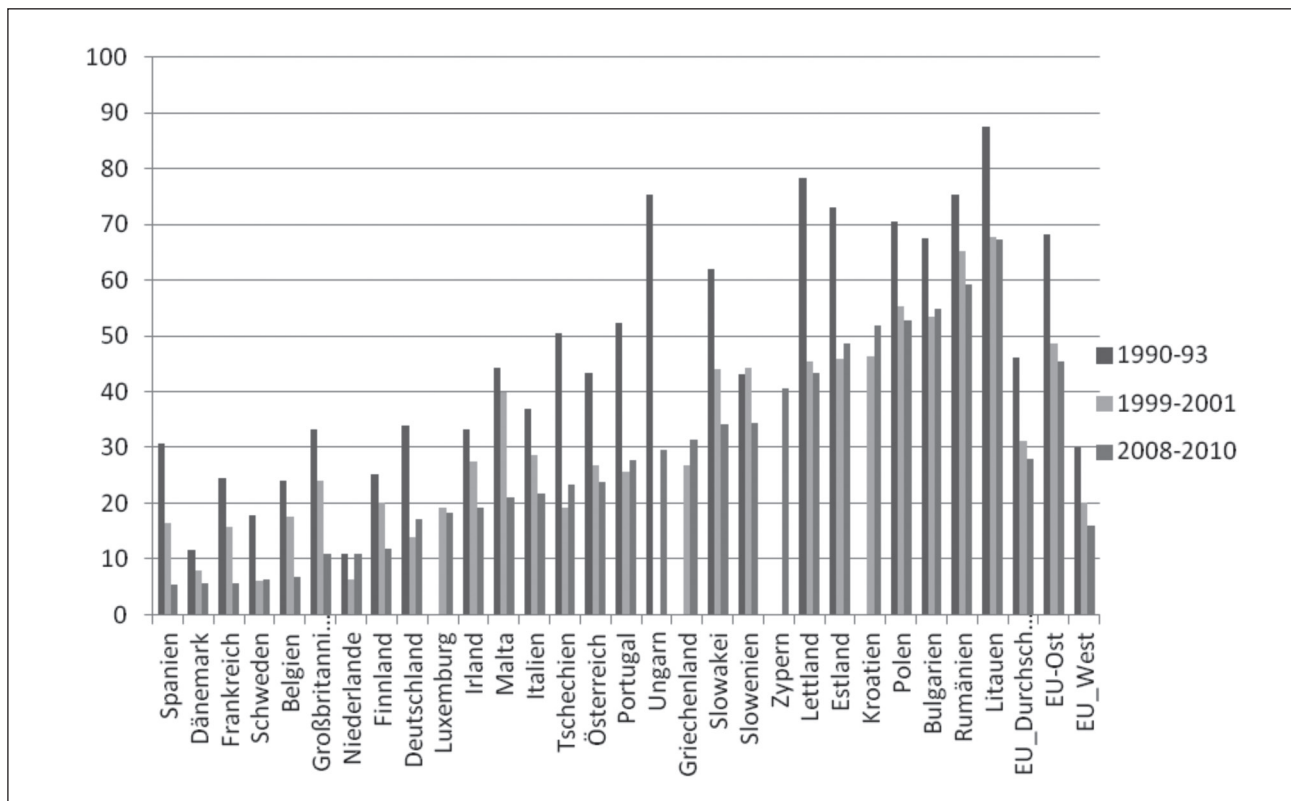
3. Einstellungen zu Roma und Homosexuellen in Europa

Im Folgenden sollen anhand von repräsentativen Umfragedaten der European Values Study² bestimmte Einstellungen zu Roma und Homosexuellen dargestellt werden. Dazu wurde die sogenannte Nachbarschafts-

frage³ ausgewählt, welche die Einstellung der BürgerInnen zu der jeweiligen Minderheit verdeutlicht. Dabei geht es allein um die potenzielle (nicht faktische) Präsenz dieser Gruppe im eigenen Lebensumfeld. Nicht damit verbunden sind demokratiepolitische Aspekte wie gruppenspezifische Rechte, Antidiskriminierungsrichtlinien oder affirmative Actions, die nicht nur Toleranz sondern auch Akzeptanz bedingen würden.

Wie bei der European Values Study deutlich wird, gibt es große Unterschiede in der Akzeptanz von Homosexuellen in den Mitgliedsstaaten der EU. Im zeitlichen Verlauf sieht man allerdings tendenziell eine sinkende Ablehnung von Homosexuellen. So war der Mittelwert 46 Prozent im Zeitraum 1990-93, 31 Prozent zwischen 1999-2001 und 26 Prozent zwischen 2008-2010. Dies entspricht auch ungefähr der Entwicklung in Österreich, wo

Abbildung 1: Ablehnung von Homosexuellen als NachbarInnen (in Prozent der Befragten)



Quelle: European Values Survey 1990-93, 1999-2001, 2008-2010

² Die European Values Study ist eine repräsentative Langzeitstudie, die seit den 1980er Jahren in regelmäßigen Abständen die Einstellungen von BürgerInnen in europäischen Ländern zu bestimmten Werten abfragt. Die sogenannte Nachbarschaftsfrage wurde 1990 um die Kategorie Homosexuelle erweitert, um Roma 1999. In der Regel werden ca. 1500 repräsentativ ausgewählte Personen pro Land ausgewählt. Es ist somit eine der wenigen Umfragen zu diesem Thema, die einen europäischen Vergleich ermöglichen und zudem Daten zu Österreich erheben. <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>

³ Die Originalfrage in Österreich lautet: „Auf dieser Liste stehen eine Reihe ganz verschiedener Personengruppen. Könnten Sie einmal alle herausuchen, die Sie nicht gern als Nachbarn hätten?“ Unter anderem wurde nach „Homosexuelle[n]“ und „Roma und Sinti“ gefragt.

die ablehnende Haltung zu Beginn der 1990er Jahre bei 43 Prozent lag und im aktuellen Zeitraum (2008-10) bei 23 Prozent liegt. Ein detaillierter Blick auf einige Länder zeigt jedoch auch, dass dies nicht unumkehrbar ist. In zahlreichen Ländern lässt sich eine geringere Akzeptanz als Trend zwischen der Welle 99-01 und 08-10 feststellen, etwa in Bulgarien, Kroatien, Tschechien und Ungarn, aber auch in Deutschland, den Niederlanden und Portugal.

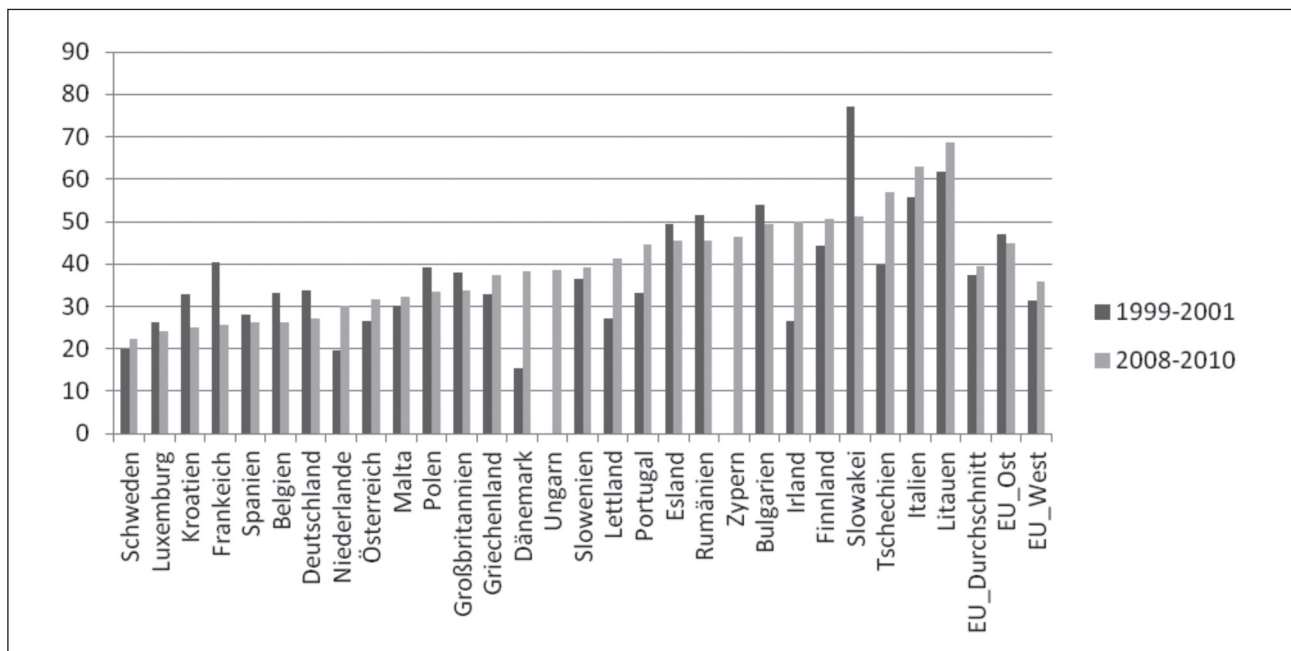
In Bezug auf Roma sind die Unterschiede in der EU weniger ausgeprägt, gleichzeitig zeigt sich eine wachsende Ablehnung. In manchen Ländern haben sich die Anteile derer, die Roma als Nachbarn ablehnen, verdoppelt. Dies spiegeln auch die Daten für Österreich wider, wo die Ablehnung von 26,5 seit 1999 auf nunmehr 31,5 Prozent angestiegen ist (siehe Abbildung 2).

4. Methode, Fall- und Quellenauswahl

„In pluralistischen Gesellschaften existieren typischerweise verschiedene Wirklichkeitsentwürfe nebeneinander. Mehrere Leitbilder sind als Orientierungsangebote vorhanden und stehen unter Umständen im Wettbewerb miteinander. Konkurrierende, divergierende oder gar konfligierende Leitbilder erfordern, dass sich die Menschen damit auseinandersetzen und (möglicherweise gemäß ihres Lebensstils) eines auswählen.“ (Trültzsch 2009, 149)

Trültzschs kontextualisierte Medieninhaltsanalyse greift das Problem der Makro-, Meso- und Mikroebene und ihre Interdependenz auf. Auf der Makroebene findet ein Ordnungsdiskurs statt, der aus abstrakten

Abbildung 2: Ablehnung von Roma als NachbarInnen (in Prozent der Befragten)



Quelle: European Values Survey 1999-2001 und 2008-2010.

Diese Daten zeigen, dass sowohl Roma als auch Homosexuelle als assoziative Gruppenbegriffe bei vielen BürgerInnen in den demokratischen EU-Mitgliedsländern zum Teil sogar recht erhebliche negative Einstellungen hervorrufen. Während es zum einen scheint, dass Homosexualität sehr unterschiedlich stark polarisiert und ein genereller Trend zu weniger expliziter Ablehnung herrscht, kann für Roma ein Anstieg festgestellt werden. Die beiden Fälle legen nahe, dass sie durchaus geeignet sind, antipluralistische Tendenzen in den Gesellschaften der Europäischen Union – in diesem Fall speziell Österreich – zu diskutieren, die nicht ausschließlich als extremistische Randphänomene zu verstehen sind.

Leitbildern besteht und in übergeordneten sozialen Strukturen wie der Politik und Wirtschaft gefasst ist. Diese Ebene wird jedoch in der vorliegenden Analyse nicht einbezogen, da dies aus dem untersuchten Material nicht abzuleiten ist. Der Orientierungsdiskurs (Mesoebene) findet in und über die Medien statt und bildet Leitbilder heraus, die auf der Mikroebene (Individuen) aufgegriffen werden. Der dort stattfindende Selbstvergewisserungsdiskurs wiederum führt auf individueller Ebene zu einer Positionierung (Trültzsch 2009). Insgesamt sind diese Ebenen jedoch interdependent, da Vorstellungen auf der Mikroebene durchaus auf der Mesoebene aufgenommen werden. Diese Interdependenz ist insbesondere in dieser Untersuchung von Postings

angelegt. Der Selbstvergewisserungsdiskurs findet zwar auf individueller Ebene (Mikroebene), allerdings in dem Medium (Zeitung/Mesoebene) selbst, statt. Es werden Meldungen der Presseagentur APA und auch Reaktionen auf die Postings, soweit vorhanden, in die Analyse einbezogen.

In diesem Sinne ist der Anspruch hier, dass nicht nur die Postings als Quelle untersucht, sondern unterschiedliche Ebenen herangezogen werden: (i) APA Meldungen, (ii) Artikel in den Tageszeitungen und (iii) Postings von LeserInnen sowie, falls vorhanden, (iv) Reaktionen auf Postings. Dabei wird, wie Trültzsch (2009, 330) ausführt, eine Inhaltsanalyse durchgeführt und hier das Material von zwei Personen gesichtet.

Fallauswahl

Es werden Diskursereignisse anhand zweier unterschiedlicher Medien und deren PosterInnen analysiert, die jedoch beide als Medien des Mainstreams verstanden werden. Ausgewählt wurden die Online-Portale der Neuen Kronenzeitung und von *Der Standard*. Die Internetportale sind nicht identisch mit den Zeitungen, allerdings wird die jeweilige Blattlinie weitergeführt.

Die Kronenzeitung zeichnet sich durch die stärkste Auflage (Österreichische Auflagenkontrolle 2013, 10) in Österreich aus und gilt als Boulevardzeitung. Das Online-Portal stellt sich wie folgt dar:

(...) krone.at versteht sich als das Internet-Portal für alle Österreicher und Internet-Nutzer des gesamten deutschsprachigen Raumes. krone.at ist unabhängig. krone.at bündelt mediengerecht das Beste aus allen Informations- und Unterhaltungsbereichen (krone.at, o.J.).

Der Standard gilt als Qualitätszeitung mit einer wesentlich geringeren Auflage (Österreichische Auflagenkontrolle 2013, 10). Die Blattlinie wird wie folgt beschrieben:

derStandard.at ist ein liberales Online-Medium. Es ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen und wendet sich an alle LeserInnen, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen“ (derstandard.at o.J.).

Weiterhin wird zudem auf eine normative Verankerung in einer „parlamentarischen Demokratie“ hingewiesen (ebenda). Beide Portale erheben somit den Anspruch auf eine breite gesellschaftliche Verankerung.

Auswahl der Artikel

In den zu untersuchenden Artikeln und Postings geht es um antipluralistische Tendenzen in der österreichischen Gesellschaft. Zu diesem Zwecke wurden Artikel ausgewählt, die sich mit (i) nationalen Angelegenheiten beschäftigen und daher höchstwahrscheinlich in einem österreichspezifischen Kontext reflektiert werden. Weiterhin wurden solche Artikel ausgewählt, die an sich (ii) abgeschlossene Ereignisse betreffen und keiner akuten politischen Bearbeitung bedürfen bzw. auf der politischen Agenda stehen. Damit steht zwar eine anlassbezogene Auseinandersetzung mit einem Thema an, jedoch ohne die Notwendigkeit einer Entscheidungsfindung, die das Thema zusätzlich polarisieren würde. Zudem müssen die Postings verfügbar sein. Insbesondere bei Artikeln über Roma kommt es zur Schließung von Foren. Aufgrund einer konsekutiven Berichterstattung über ein Thema ist es wiederum problematisch, den zentralen Artikel und die dazugehörigen Postings herauszufiltern. Daher ist eine zeitlich begrenzte Berichterstattung über ein abgeschlossenes Thema zielführend. (iii) Die Themen stellen keine besonders bedeutsamen Ereignisse dar und stehen damit nicht übermäßig in einem bereits schon bestehenden gesellschaftlichen Spannungsverhältnis. Die gewählten Themen sind aufgrund der beiden Minderheiten, die für die Analyse ausgewählt wurden, bereits politisiert. Die ausgewählten Artikel behandeln die Faktenlage. Es sind keine Meinungsbeiträge, die eine Diskussion auslösen sollen.

Für die Untersuchung des antipluralistischen Diskurses wurde je ein Artikel von *derstandard.at* und *krone.at* ausgewählt, der sich mit einer persönlichen Stellungnahme eines ÖVP-Politikers beschäftigt, der einem Adoptionsrecht von Homosexuellen aufgeschlossen gegenüber steht und dies am Rande eines Interviews erwähnt. Der andere Bericht beschäftigt sich mit einer Gruppe von Roma, die in Salzburg zuerst illegal, dann legal campiert und von Jugendlichen bedroht wird (siehe Tabelle 1). Diese Artikel erfüllen die oben genannten Kriterien.

Postings als Quelle

Die Verwendung von Postings als sozialwissenschaftliche Quelle ist nicht neu (zu Roma siehe Rowe/Goodman 2014; zu Extremismus siehe Holtz/Wagner 2009). Für die hier aufgeworfene Frage nach antipluralistischen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft scheinen Postings ein geeigneter Zugang zu sein, weil sich registrierte LeserInnen unmittelbar zu einem Thema äußern oder auf andere Postings reagieren können, entweder durch Antworten auf Beiträge oder über ein Bewertungssystem (Zustimmung oder Ablehnung). Postings erfüllen unterschiedliche Funktionen. Sie ergänzen Berichte um verschiedene Aspekte oder bringen neue Fak-

ten/Quellen in die Diskussion ein. Sie fungieren auch als Korrektiv bei einseitigen, falschen Darstellungen und bieten Interpretationsangebote bezüglich der Berichte und Themen. Zuweilen nutzen die PosterInnen diese Foren, um andere Themen, die nicht oder nur in einem sehr schwachen Bezug zu den Berichten stehen, in den Diskurs einzubringen. Allerdings sind es primär Meinungsbekundungen von Individuen in einer Teilöffentlichkeit. Zudem werden in dieser Teilöffentlichkeit Diskussionen unter den PosterInnen ausgelöst, da sie sich aufeinander beziehen. In einzelnen Fällen posten auch die AutorInnen der Beiträge. Aus demokratietheoretischer Sicht sind sie damit eine niederschwellige Form der politischen Partizipation, der implizit eine demokratiefördernde Wirkung zugeschrieben wird. Sie sind damit eine sehr unmittelbare Form des klassischen Leserbriefes (vgl. dazu de Nève 2013).

Einige Spezifika in Bezug auf die Quelle Postings müssen beachtet werden (vgl. Rössler 2010): (i) Internetzugang und -nutzung sind von soziostrukturellen Faktoren abhängig, sodass bestimmte Gruppen unterrepräsentiert sind. Für Österreich lässt sich feststellen, dass v.a. Personen ab 55 und hier wiederum vermehrt Frauen das Internet weniger nutzen, während bei den jüngeren Alterskohorten nur ein sehr geringer Teil kein Internet nutzt (Statistik Austria 2014).

(ii) Weiter ist für die Fälle das redaktionelle Eingreifen in Postings zu klären. Generell hängt die Veröffentlichung nicht von einem redaktionellen Gremium oder Kapazitätserwägungen ab. Es ist allerdings eine Moderation zwischengeschaltet, die überprüft, ob Kommentare gegen straf- oder zivilrechtliche Normen (etwa Verhetzung) verstoßen oder den selbst aufgelegten Forenregeln widersprechen. Die Handhabung dieses Instruments scheint bei den ausgewählten Portalen unterschiedlich zu sein und unterscheidet sich zudem nach Thema. Lediglich im Fall der Postings zur Berichterstattung über Roma sind einige Hintergrundinformationen verfügbar. Es ist anzumerken, dass die NGO Romano Centro in seinem Sonderheft im Dezember 2013 den hier analysierten Fall erwähnt. In der Krone wurde je ein Artikel am 2. und 3.09.2013 geschrieben, die insgesamt mit ca. 1500 Postings versehen wurden. In der Analyse hier werden die 499 Postings vom 3.09.2013 untersucht. Romano Centro kontaktierte die Redaktion von krone.at und wies auf die beleidigenden und rassistischen Postings hin, die allerdings bis dato nicht gelöscht wurden (Romano Centro 2013). Ebenso wurde der Vorschlag verweigert, das Forum zu schließen, wie es durchaus bei anderen Berichten der Fall ist. Die Postings, die also aktuell zu finden sind, führen damit nicht zu einer Reaktion der krone.at. und auch nicht zu strafrechtlichen Anzeigen. Auf derstandard.at finden immer wieder Diskussionen über die Funktionen und Grenzen von Postings statt (derstandard.at 01.01.2015). So wird

u.a. von den ForenmoderatorInnen zu mehr Zivilcourage aufgerufen, wenn Postings sexistisch, rassistisch oder intolerant sind (derstandard.at 23.09.2014). Auch diskutieren PosterInnen und Redaktion regelmäßig über computergestützte, politische und willkürliche Zensur auf derstandard.at. Es gibt damit eine kritische Auseinandersetzung darüber, was sagbar ist und auch wo die Grenzen gezogen werden bzw. gezogen werden sollten. Auffällig ist, dass in dem untersuchten Materialkorpus diese Auseinandersetzung zumindest nicht sichtbar ist.

(iii) Zudem ist zu vermuten, dass im Schutze der Anonymität, Meinungen sehr direkt formuliert werden, wie Studien aus den USA belegen (etwa Santana 2014). Die meisten PosterInnen der beiden Foren genießen dahingehend Anonymität, dass ihre Identität den LeserInnen der Kommentare nicht bekannt ist. Die Gefahr, dass bei antipluralistischen Berichten eine recht kleine Gruppe übermäßig aktiv ist, kann nicht ausgeschlossen werden und wird dahingehend berücksichtigt, dass die Argumentationslinien, nicht ihre Häufigkeit, im Vordergrund stehen. Leider kann aus forschungspraktischen Gründen nicht auf solche Postings zugegriffen werden, die von den ForenmoderatorInnen blockiert wurden. Allerdings, und das erscheint für die Analyse zentral, lässt sich zumindest daraus ableiten, welche Beiträge in diesen beiden Fällen nicht gegen die Forenregeln verstoßen zu scheinen, auch wenn sie problematische Aussagen beinhalten.

(iv) Auch technisch gibt es Unterschiede zwischen den Portalen. Die Posting-Funktion auf krone.at wird rege von LeserInnen genutzt. Dazu muss man sich vorab unter Angabe seiner persönlichen Daten registrieren. Die PosterInnen wählen in der Regel einen Nicknamen aus und posten eher selten unter ihrem Klarnamen. Aus den allgemeinen Geschäftsbedingungen geht hervor, dass die User für ihre Beiträge vollumfänglich rechtlich verantwortlich sind. Bei krone.at ist es technisch möglich, einen Beitrag eines Posters zu kommentieren. Diese sind aber nur sichtbar, wenn sie von den LeserInnen extra angeklickt werden. Von der Möglichkeit wird selten gebraucht gemacht. Dadurch kommt es zu weniger Interaktionen unter den PosterInnen. Solche Bezugnahmen auf vorherige Kommentare werden meistens mit @ Username zu Beginn eines Postings deutlich gemacht. Der Diskurs aus derstandard.at unterscheidet sich bereits aufgrund der technischen Voraussetzungen. Hier sind es vielmehr Posting-Stränge als einzelne Postings, die sich aufeinander beziehen und auch in diese Form aufgelistet dargestellt werden. Die Sichtbarkeit ist dadurch von vornherein gegeben. Zudem ist auffällig, dass die Postings weit weniger Zuspruch oder Ablehnung durch das Bewertungssystem erfahren, als es auf krone.at der Fall ist. Hier äußern sich höchstens bis zu 50 Personen positiv oder negativ auf einzelne Beiträge, nicht über 600, wie es vereinzelt bei krone.at. der Fall ist.

Tabelle 1: Materialauswahl

Portal	Titel	Anzahl der Postings
krone.at (i)	Erneute Konfrontation mit Roma-Gruppe in Salzburg	499
derstandard.at (ii)	Bischofshofner Jugendliche vor Roma-Camp: Polizei verhindert Übergriffe	ca. 250
krone.at (iii)	Rupprechter: „Offener Zugang“ bei Adoptionsrecht für Schwule	199
derstandard.at (iv)	Rupprechter bekräftigt Vorstoß für Homosexuelle	584

Quellen: (i) krone.at (03.09.2013), (ii) derstandard.at (03.09.2013), (iii) krone.at (03.03.2014), (iv) derstandard.at (03.03.2014)

Für die Analyse werden zentrale Argumentationslinien aus dem Material heraus dargestellt. Auf eine detaillierte Quantifizierung wird verzichtet, da diese aufgrund des möglichen Mehrfachpostens unter anderen Namen oder dem Blockieren durch die ForenmoderatorInnen keine validen Daten über die Verbreitung dieser Einstellungen in den Foren erhoben werden können. Außerdem entwickeln sich vor allem beim Standard einzelne Beiträge in einen Disput zweier PosterInnen. Allerdings wurden zwei unabhängige Kodierungen durchgeführt, welche Tendenzen (positiv/negativ/neutral/unklar/anderes Thema) in Bezug auf die konkrete Minderheit aufzeigen sowie die Postings zu den einzelnen Kriterien zuordnen. Da es um Argumentationslinien geht, wird hier nur quantifiziert, welche Postings eine dezidiert negative Haltung zu der Minderheit ausdrücken und ob darauf eine gegenteilige Reaktion erfolgt sowie die Zustimmung- bzw. Ablehnungsbekundungen über das Bewertungssystem. Die in den Tabellen aufgeführten Postings dienen zur exemplarischen Veranschaulichung der Argumentationen.

5. Antiziganismus in Postings

Der Grund für die Berichterstattung lag darin, dass eine Gruppe von Roma ohne Erlaubnis auf der Wiese eines Bauern campierte und sich zuerst weigerte, eine Entschädigung für die Nutzung zu zahlen. Dieser fuhr Gülle aus, um die Roma zum Verlassen der Wiese zu bewegen und berichtete ausführlich darüber auf Facebook. Als die Gruppe am nächsten Tag legal in einem anderen Ort campierte, kam es zu einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen, sodass die Polizei eingreifen musste. Die Jugendlichen haben sich auf Facebook organisiert.

Aufgrund der Art der Kommentare auf Facebook wurden im Nachhinein zwölf Anzeigen wegen Hetze erstattet, die inzwischen zu acht Verfahren und Verurteilung geführt haben. Es handelte sich um Aufrufe zu Gewalt und Hetze gegen die Gruppe bis hin zur Forderung der „Endlösung“ (ORF Salzburg, 19.12.2013 und 30.07.2014).

Beide Artikel basieren auf einer APA-Meldung, die inhaltlich fast wörtlich übernommen wurde und hier die Mesoebene (Orientierungsdiskurs) der Medieninhaltsanalyse darstellt. Der redaktionelle Einfluss beider Portale bezieht sich damit auf die Bebilderung, den Titel und die Zwischenüberschriften, sowie das Weglassen/Umschreiben bestimmter Elemente. Die Bebilderung kann nicht rekonstruiert werden. Der Orientierungsdiskurs ist von einer Sachdarstellung geprägt (siehe Tabelle 2). Es wird betont, dass der Konflikt sowohl von den einheimischen Jugendlichen als auch von den Roma, die in der Mehrzahl waren, ausging und es zu keinen gravierenden Folgen gekommen sei, nicht zuletzt durch das Eingreifen der Polizei. Perspektivisch wird die Rolle der Politik eingebracht durch die Nennung der Grünen Landesrätin Berthold, die nun geeignete Plätze sucht.

Gleichzeitig kommt es zu einer eigenen Schwerpunktsetzung auf den Online-Portalen. Die krone.at thematisiert v.a. die Vorgeschichte (Bedrohung des Bauern laut eigener Aussage und die Entschädigungsleistungen), während derstandard.at die Berichterstattung um den Aspekt der Entschädigung des Bauern ergänzt, der nicht in der ursprünglichen APA-Meldung genannt wird. Gleichzeitig zeigen sich verbindende Elemente aus dem APA-Diskurs: „fahrende Roma“; „ethnische Minderheit“, die Verwendung rechtsextremer Ausdrücke seitens der Jugendlichen, die wenig relevante Sachbeschädigung und die Legalität des Camps in Bischofshofen. Der Orientierungsdiskurs ist also insgesamt geprägt von einem wie auch immer gearteten Verständnis für beide Seiten und dem Verweis darauf, dass die Übergriffe nicht gravierend seien. Es wird allerdings ein politischer Handlungsbedarf herausgestellt: die Bereitstellung von geeigneten Plätzen, um Eskalation zu vermeiden. Die Tatsache, dass die Eskalation an einem vorab genehmigten Ort erfolgt ist, wird jedoch nicht kritisch hinterfragt. Es zeigt sich auch, dass es in den beiden Online-Portalen keinen einheitlichen Orientierungsdiskurs gibt, sondern unterschiedliche Aspekte betont werden, die eine bestimmte Lesart nahe legen.

Diese Orientierungsdiskurse führen dann in weiterer Folge zu zahlreichen Postings, die hier als Ausdruck

Tabelle 2: Orientierungsdiskurs Roma

Textelemente	krone.at (i)	derstandard.at (ii)	APA (iii)	Implikationen für Orientierungsdiskurs
Titel	Erneute Konfrontation mit Roma-Gruppe in Salzburg	Bischofshofner Jugendliche vor Roma-Camp: Polizei verhindert Übergriffe	Rund 100 Roma wurden in Bischofshofen von Jugendlichen provoziert	Konfrontation/Übergriffe Nennung der Akteure
Lead	Einflechten der Vorgesichte mit dem Bauern in Anthering	Polizei, Sachbeschädigung, Einheimische, politische Lösung		Unterschiedliche Schwerpunktsetzung durch Lead
Zwischenüberschriften	Roma campierten auf Bauernwiese	Genehmigtes Camp		Krone betont Vorgesichte, Standard aktuellen Fall
Begrifflichkeiten	Roma (erster Abschnitt) „fahrende Roma“ „Ethnische Minderheit“	„Angehörige der Volksgruppe der Roma“ (erster Abschnitt) „Fahrende Roma“ „Ethnische Minderheit“	„Angehörige der Volksgruppe der Roma“ (erster Abschnitt) „Fahrende Roma“ „Ethnische Minderheit“	Roma als allgemeiner Begriff bei Krone, Versuch der Differenzierung beim Standard Gleichzeitig stereotype Nennung als „Fahrende“
Zusätze/ Auslassungen		Schlichtungsversuch erfolgreich		Standard nimmt zusätzlich den Schlichtungsversuch in Anthering auf

Quellen: Eigene Darstellung, (i) krone.at (03.09.2013), (ii) derstandard.at (03.09.2013), (iii) APA (03.09.2013)

des Selbstvergewisserungsdiskurses der BürgerInnen dargestellt werden.

Analyse der Postings

Auf derstandard.at wurden 280 Postings zu dem Artikel verfasst, die sehr häufig aufeinander Bezug nehmen und sich zu Diskussionssträngen entwickeln, in dem gegensätzliche Positionen ausgedrückt werden. Teilweise entwickeln sich aber Diskurse, die mit dem Ursprungsthema wenig gemeinsam haben. Sechs Postings nehmen eine dezidiert negative Sicht auf Roma als Gruppe ein. Jedes dieser Postings wird aber mindestens von einem weiteren Posting kritisch kommentiert. Dennoch, diese sechs Postings werden insgesamt 48-mal negativ und 186 positiv bewertet. So gibt es sowohl eine diskursive Gegenposition, als auch Zuspruch durch Abstimmung. Auf krone.at wurden 499 Postings zu dem Thema verfasst, die allerdings weit weniger aufeinander Bezug nehmen. Davon fallen 45 durch ihre sehr extrem negative Wortwahl und gruppenspezifische Abwertung der Roma auf. Diese werden nicht durch Gegenmeinungen eingeehgt, sondern bekommen in der Regel je über 100 positive und zumeist keine negative Bewertungen.

Die Kriterien (a) Rechtsstaat/Eigentum, (b) Sonderrechte, (c) Diskriminierung und (d) Stereotype wurden in den Postings als zentrale und wiederkehrende Argumentationslinien herausgefiltert, die bestimmte Aspek-

te der Pluralismusdebatte aufnehmen, da es um das Verhältnis Mehrheit-Minderheit, gesellschaftliche Werte sowie deren Bedrohung geht.

a) Rechtsstaat und Eigentum

Die PosterInnen beider Online-Portale führen vor allem Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung von Eigentumsrechten als zentrale Merkmale der österreichischen Gesellschaft an. Daraus spricht eine Auslegung des Pluralismus, der sich an individuellen und nicht gruppenspezifischen Rechten orientiert. Rechtsstaatlichkeit wird in diesem Kontext nicht nur zu einem Ordnungsprinzip von Gesellschaften, sondern erfährt eine werbetageladene Erhöhung: „(...) Gleichheitsgrundsatz und Rechtssicherheit sind die wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft“ (04.09.2013, 11:45 Uhr). Dabei wird eine kulturell begründete Kluft zwischen dem Eigenen und dem Fremden und ein kollektives „Wir“ konstruiert („Wir wollen so etwas nicht in Österreich sehen“; „Es ist in unserer Gesellschaft nicht üblich“). Gleichzeitig wird vor allem auf krone.at fast vollständig außer Acht gelassen oder sogar negiert, dass in den Berichten jeweils auf die Legalität des Campens in Bischofshofen hingewiesen wurde, während das illegale Campieren weniger im Fokus stand. Dennoch beziehen sich die meisten PosterInnen auf die Illegalität, die auch vor allem im Orientierungsdiskurs auf krone.at herausgestellt wurde. Beson-

Tabelle 3⁴: Rechtsstaat und Eigentum als Referenz im Diskurs um Roma

krone.at (i)
dieses Volk hat keine Kultur und respektiert unsere Gesetze nicht. warum sollten wir die mit samthandschuhen anfassen? (Nr. 10)
„Wild campieren ist in Österreich verboten. ..Das gilt erst recht für Roma..!!!!Wir wollen sowas in Österreich nicht sehen ...“ (Nr. 37).
„bretzensalzer - dennoch , dieses Volk war und ist seit Anbeginn ihrer Geschichte immer ein Wandervolk , das ihre eigenen Gesetze haben , und sich außerdem nicht integrieren können und wollen!“ (Nr. 347)
„man muss folgendes einmal verstanden haben: diese volksgruppe hat nichts zu verlieren bzw. ist ihnen ein gerichtstermin wegen z.b. diebstahl, sachbeschädigung oder körpverletzung sch....egal. der beschuldigte verschwindet auf wundersame weise. derlei verhalten kann von einem rechtsstaat nicht toleriert werden. offensichtlich ist es aber so: diese volksgruppe bewegt sich im rechtsfreien raum und das ist diskreminierend uns gegenüber“ (Nr. 323)
„(...) Oder kann mir einer sagen, auf welcher Rechtsgrundlage die Nicht-Sesshaften eingeladen wurden, auf öffentlichem Grund unter Missachtung aller Hygienevorschriften zu hausen und zu randalieren?! Auf welcher Rechtsgrundlage und auf wessen Kosten erfolgte der Polizeieinsatz?! Am Ende gar, weil ein Paar halbwüchsige Mopedfahrer die Nachtruhe der Weit-Gereisten gestört und die öffentliche Sicherheit mit Kieselsteinchen gefährdet haben?!“ (Nr. 34).
derstandard.at (ii)
„Der Platz wurde genehmigt, nachdem sie einfach auf Privatgrund campierten.Normalerweise holt man sich eine genehmigung vorab. Das ist hier nicht geschehen. Es ist in unserer Gesellschaft nicht üblich, irgendwo mit seinen Zelten aufzutauchen um zu sagen: hier bin ich.“ (4.9.2013, 09:13)
„(...) Gleichheitsgrundsatz und Rechtssicherheit sind mit die wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Entweder darf jeder ein Zelt oder einen Wohnwagen aufstellen wo es ihm gerade einfällt, oder eben Keiner. Entweder gibt es grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Graticampiermöglichkeiten von der Gemeinde für Alle, oder eben nicht.“ (4.9.2013, 11:45).
„Bei allem Verständnis für die Situation der Roma ...
mit so Aktionen wie in Anthering schaden sie ihrer Sache massiv. Ein erster Schritt ist, dass die Roma auch die Rechtsordnung im Land anerkennen müssen.“ (4.9.2013, 15:07)

Quelle: (i) krone.at (03.09.2013), (ii) derstandard.at (03.09.2013)

ders paradox ist zudem, dass das rechtlich grenzwertige Verhalten der Jugendlichen im Gegenzug auf krone.at kaum thematisiert, bzw. legitimiert oder verharmlost wird. Auf derstandard.at gibt es allerdings einige Beiträge, welche die Aktionen der Jugendlichen kritisieren. Ein weiterer Argumentationsstrang bezieht sich darauf, dass Roma (in diesem Kontext als „Fahrende“, „Nicht-Sesshafte“, „diese Volksgruppe“, „Wandervolk“, „Weit-Gereiste“ etc. betitelt) als kollektive Gruppe beschrieben werden, die „eigene Gesetze“ haben bzw. in einem „rechtsfreien“ Raum leben. Somit wird hier Rechtsbruch (und v.a. Diebstahl) als ein kulturelles Merkmal einer Gruppe entworfen, das im Gegensatz zu der österreichischen Kultur steht.

Es zeichnet sich also ab, dass auf der einen Seite Rechtsstaatlichkeit als kultureller Wert der österreichischen Mehrheitsgesellschaft als Bezugspunkt

dient, gleichzeitig aber Verständnis besteht, wenn ÖsterreicherInnen diesen Wert verletzen (wie etwa die Jugendlichen). In Bezug auf Roma hingegen, wird pauschalisierend von einem widersprechenden Wertesystem ausgegangen.

b) Sonderrechte

Eine besondere Facette des pluralistischen Wertediskurses spiegelt sich wiederum in der Frage der Sonderrechte für bestimmte Gruppen wider. Sonderrechte werden im Kontext von Pluralismus und insbesondere Multikulturalismus als legitim diskutiert (vgl. Kymlicka 1995) und auch vereinzelt in Postings aufgenommen (beispielsweise derstandard.at 04.9.2013, 12:04). In den Postings wird allerdings der Gleichheitsgrundsatz zugrunde gelegt, wobei zwei Ausdifferenzierungen zu finden sind. Einige Postings argumentieren mit nicht legitimen Sonderrechten, während die andere einen faktischen Unterschied im Umgang mit Roma seitens staatlicher Stellen sehen – also eine nicht rechtlich kodi-

⁴ Die Postings werden in der Form hier wiedergegeben, wie sie in den Online-Foren publiziert werden. Rechtschreib- oder Grammatikfehler im Originaltext werden aufgrund ihrer großen Zahl nicht hervorgehoben.

Tabelle 4: Sonderrechte im Diskurs um Roma**krone.at (i)**

„Mich wunder nur dass die Polizei diesmal einschritt?? als der Landwirt „seine“ Wiese wieder haben wollte - sprich sich über das illegale campieren beschwerte - konnt keiner was machen weder Behörde noch die Polizei. Woher dieser plötzliche Sinneswandel? Ein Schelm der böses denkt. Aber es ist schon richtig Fremdes Eigentum beschädigt man nicht - ausser es gehört einem Österreicher.“ (Nr. 36)

„Das riecht nach Amtsmissbrauch durch Bürgermeister und Polizei. - Oder kann mir einer sagen, auf welcher Rechtsgrundlage die Nicht-Sesshaften eingeladen wurden, auf öffentlichem Grund unter Missachtung aller Hygienevorschriften zu hausen und zu randalieren?! Auf welcher Rechtsgrundlage und auf wessen Kosten erfolgte der Polizeieinsatz?! Am Ende gar, weil ein Paar halbwüchsige Mopedfahrer die Nachtruhe der Weit-Gereisten gestört und die öffentliche Sicherheit mit Kieselsteinchen gefährdet haben?!“ (Nr. 34).

„(...) Sorry es gibt ja noch die Mindestsicherung und andere soziale Leistungen für diese Angehörigen einer ethnischen Minderheit, denn Zigeuner darf man ja nicht sagen, sonst wird man gleich als Rassist abgestempelt. (...)“ (Nr. 249).

„ Hier wurden jetzt anscheinend die Romas bedroht. Natürlich war sofort die Polizei da (wer hat die gerufen, wo kamen sie her?). In Salzburg wurden die Bauern bedroht - Polizei anscheinend Fehlanzeige. Schon ein Unterschied, wer von wem bedroht wird.“ (Nr. 423)

„Die Polizei dein Freund Und Helfer wenn es um Öffentlichen Besitz geht ,bei Privaten sind sie nicht zuständig.Das macht natürlich Freunde unter den ethnischen Gruppen.sind wir zuhause noch zuhause?“ (Nr. 382)

„Der Staat hat kapituliert: bei den Einheimischen groß aufmarschieren, wenn Roma mit Mord drohen verstecken sie sich am Wachzimmer. Aufgrund fehlender Eier kann man diese Gendarmeriebeamten nicht einmal angemessen bestrafen und sie ihnen abschneiden, da sie keine haben...“ (Nr. 310)

„welche gemeinsame loesung? ich verstehe es nicht...es kann keine gemeinschs.loesung geben...ab in die heimat abet fix.... keine steuer zahlen aber fordern.....tzzz. wann wachen unsrer vertreter auf und entfernen alles aus oesterreich“ (Nr. 4)

derstandard.at (ii)

„Sie sprechen eines der Kernprobleme an: Anwohner und Camper zahlen ihren Beitrag über Gebühren, Abgaben und Steuern, aber die Roma tragen nichts zur Gesellschaft bei. Die brauchen auch Wasser, Kanal, Mühlentsorgung, usw., aber zahlen nichts dafür.“ (4.9.2013, 13:53)

„(...)Wenn aber eine alte Pensionistin die Abfallgebühren mit Ihrer Mindestpension nicht mehr zahlen kann, dann delogiert man sie.“ (4.9.2013, 13:15)

„Mal eine Frage: In D gibt's ein Gesetz oder Verordnung, dass den „Zigeunern“ (Roma, Sinti u.v.a. mehr) ein Platz zum Lagern von der Gemeinde zugewiesen werden MUSS.Gewöhnlich war das, so wie ich das kenne, gemeindeeigener Grund.Von einer temporären Enteignung eines Bauern ist nie die Rede und ist womöglich auch Gesetzeswidrig. (Die letzte Mahd des Jahres kann der Vergessen! ...) Ist das in Ö auch so? Mir scheint als hätte da die Gemeinde - abgesehen vom unakzeptablen Verhalten der Jugendlichen - zuerst etwas Mist gebaut.“ (03.09.2013, 19:27)

Antwort: „(...)In den Ländern, die ich als Deutschland und Österreich bezeichne, existiert hingegen kein derartiges Gesetz. Brauchen Sie gar nicht erst zu suchen!“ 03.09.2013, 21:43

„(...) Dass solche Enteignungen, verbunden mit Sachbeschädigungen in Österreich einfach hingenommen werden müssen, kann aber schon zu Recht als Entscheidungshilfe für die NR-Wahl einbezogen werden. (...)“ (4.9.2013, 12:58)

fizierte Besserbehandlung der Roma. PosterInnen hinterfragen das Verhalten von Polizei und PolitikerInnen sowie gesetzliche Rahmenbedingungen (vgl. „Österreich ist nicht so rosarot wie du glaubst. Hier wird man von Legislative und Exekutive im Stich gelassen wenns hart auf hart kommt“ Nr. 141). Dies wurde aus der Tatsache abgeleitet, dass der Bauer in Anthering sich zwar an die Polizei wandte, die sich aber außer Stande sah, darauf ad hoc zu reagieren, da bestimmte Verfahren einzuhalten seien. Diese Verfahren wurden nun von den PosterInnen als Sonderrechte von Roma ausgelegt. Unterstützt wurde dieses Argument mit dem Ereignis in Bischofshofen, wo die Polizei die Roma geschützt habe, so der Vorwurf.

Aufgrund der eher geringen Informationen in dem Artikel werden weitreichende Schlussfolgerungen gezogen. So geht es um das Verhalten der Polizei, der

unterstellt wird, im Falle von Roma nicht zu agieren und ÖsterreicherInnen zu sanktionieren. Ebenso wird vereinzelt impliziert, dass Roma einen gesetzlichen Anspruch auf spezifische Sozialleistungen haben. So findet sich die Idee, dass es in pluralen Gesellschaften Sonderrechte geben solle, in dieser Debatte in einer umgekehrten Argumentationslinie wieder: Es werden Sonderrechte diskursiv konstruiert und als Problem identifiziert.

c) Diskriminierung/Rassismus im Diskurs um Roma

Die Frage von konfligierenden Werten erhält insbesondere bei krone.at eine weitere nationalistische Zuspitzung, in der „Österreich“ als bedroht skizziert wird und „Einheimische“ Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt seien.

Tabelle 5: Diskriminierung/Rassismus im Diskurs um Roma

krone.at (i)
Nation
„Es geht bereits rund in unserem EINST so schönem Österreich! Immer mehr werden sich gegen die Überfremdung zur Wehr setzen wollen! Daher sind Unruhen vorprogrammiert!“ (Nr. 2).
„Der Österreicher wünscht keinen Umgang mit diesem Volk, das überall negativ auffällt.“ (Nr. 64)
„Politiker! Gib mir mein liebens und lebenswertes Österreich zurück!!!“ (Nr. 12)
„von zwei übeln das kleinere - daher: DANKE an diese judenlichen! Wenigstens Österreicher, die zusammenhalten!“ (Nr. 209)
„VORZEICHEN EINER EU-WEITEN ANARCHIE! Schade um unser bisher schönes Österreich“ (Nr. 216)
Rassismus
“Rassismus” → „Schön langsam wird das RASSISMUS gegen uns Österreicher, wenn man bei Romas auf einmal keine Verfügungsgewalt mehr über seinen eigenen Grund und Boden hat“ (Nr. 81)
„Inländer-Rassismus“ (Nr. 355)
„Im übrigen. In Salzburg war etwas ganz anderes. Hier war anscheinend den Roma etwas erlaubt, was anderen Völkern – einschließlich Österreichern – nicht erlaubt ist: Auf privaten Eigentum zu campen und u.U. alles kaputt zu machen. Außerdem waren in diesem Fall die Roma die Aggressoren und haben gegen die Bauern sogar Mord-Drohungen ausgestoßen. Wer beide Dinge jetzt verteidigt, ist für mich auch ein Rassist, nur eben anderes herum.“ (Nr. 431).
„Immer wenn man sein Land verteidigen will(Was in anderen Ländern ganz normal ist) dann wird man als Rassist und Nazi abgestempelt!“ (Nr. 379).
„@grenzenlos, Rassismus ist keine Einbahnstraße. Im vorliegenden Fall sind anscheinend die Roma von einheimischen Jugendlichen bedroht worden. Man kann das jetzt Rassismus nennen. Was wäre jetzt allerdings, wenn die Camper deutsche Urlauber gewesen wären, die einfach in Streit mit Einheimischen geraten wären? Oder gar österreichische Urlauber? Dann wäre es einfach eine normale Konfrontation gewesen. Also, Vorsicht. Nicht alles ist Rassismus, was danach aussieht“ (Nr. 429).
„In Wirklichkeit sind die R... die Rassisten, weil sie keine anderen Völker und Meinungen akzeptieren. Schwierig mit solchen Menschen umzugehen, weil sie ihrer Meinung nach die Besten sind. Und natürlich spielen sie auf arm, unterdrückt und nicht gewollt. Ein Bravo an die Bauern. Sollte auch weiter ermittelt werden wegen Morddrohung, die sind nicht so harmlos, wie sie manchmal spielen“ (Nr. 442).

Hier erfolgt die klassische Umkehrung von (potenziellen) Opfern und Tätern. Zudem wird eine Gemeinschaft der ÖsterreicherInnen konstruiert, während die „Anderen“ nicht nur als anders, sondern auch als minderwertig beschrieben werden.

Dieser Diskurs ist auf derstandard.at etwas anders gelagert. So wird darüber verhandelt, unter welchen Umständen der Begriff „Rassist“ adäquat zu sein scheint. Insgesamt zeigt sich aber hier, dass durchaus eine Sensibilisierung für antipluralistische Einstellungen unter den PosterInnen vorhanden ist. Diskriminierung und Rassismus wird über Nationalismus und Versatzstücke aus dem Demokratiediskurs (Meinungsfreiheit, Gleichheit) legitimiert.

d) *Stereotype*

Wie bereits erwähnt und wie die Analyse der Kategorien bereits gezeigt hat, wird durch den Begriff Roma eine Projektionsfläche eröffnet, die Assoziationen aufkommen lassen, die in dem Ursprungstext in keiner Weise angelegt sind. Zahlreiche stereotype Vorstellungen von PosterInnen werden so offensichtlich. Neben der Verallgemeinerung werden Roma als kriminell, gewalttätig, sexistisch, unfähig zur Kindererziehung, integrationsunwillig und -fähig beschrieben sowie als nur dem Schein nach arm. Einige PosterInnen deuten die Formen der strukturellen Diskriminierung von Roma in eine kollektive Strategie und Verhaltensweise der „Gruppe“ um. Während die geäußerten Meinungen auf krone.at nicht einmal versuchsweise argumentativ unterfüttert werden, verweisen die Stereotype verwendenden PosterInnen auf derstandard.at auf „eigen Erfahrungen“ als Begründungsstrategie.

Allerdings gibt es auch romantisierende Stereotype von Roma, während die Abgrenzung gegenüber einer anderen marginalisierten Gruppe (Asylanten) erfolgt.

sie sind das letzte fahrende volk in europa und man sollte diesem volk nicht die identität nehmen. sie bleiben nicht lange und ziehen dann weiter durch europa. das sind keine scheinasyllanten und sie haben keine kerzertragende lobby hinter sich (Nr. 391).

Auf derstandard.at werden die negativen Postings mit (vermeintlichen) Fakten argumentativ unterfüttert, allerdings verweisen PosterInnen ebenso auf strukturelle Diskriminierung, die Roma-Verfolgung im Zweiten Weltkrieg oder auf ein pluralistisches Demokratieverständnis, um den antipluralistischen Postings entgegen zu halten. Diese „pro-pluralistischen“ Postings werden häufig negativ bewertet. Beispielfhaft ist etwa dieser Strang:

Das erste Posting „Die Krone berichtet, dass Gemeinden eigens Campierverbote wegen der Roma erlassen hätten. Legales Campieren sollte ihnen offenbar so schwer wie möglich gemacht werden. Aus Angst vor Roma wird eine Situation geschaffen, die Hass gegen Roma erzeugt. Traurig“ wurde 17 Mal negativ und 13 Mal positiv bewertet. Die Weiterführung „abgesehen davon was eine krone berichtet, gibt es noch genug menschen in österreich die diskriminierung für ok erachten.denn minderheiten sind in erster linie mal kriminell, und wenn sie ihre unschuld bewiesen haben,glaubt man ihnen trotzdem nicht“ erhielt eine Wertung 15 zu 6, während der letzte Beitrag „man braucht halt feindbilder, um von den eigenen unzulänglichkeiten abzulenken... den postings nach hier kann man schon erahnen, in welche richtung unser land wieder marschieren wird, wenns so weitergeht - am end stehn wir halt wieder bei den verlierern - das ist jetzt schon vor auszusehen...aber wer nix lernt, fällt halt immer wieder auf den kopf.“ 6 zu eins 1 gewertet wurde. Zudem scheinen aber Verweise auf eine Kontinuität mit dem Nationalsozialismus und rechtsextreme Einstellungen negative Bewertungen zur Folge zu haben. Dabei geht es in den Argumentationen selten explizit um Roma.

Der gesellschaftliche Pluralismus in Österreich wird in Bezug auf Roma von zahlreichen in den Diskussionsforen aktiven BürgerInnen kritisch hinterfragt. Dabei werden Bezüge zu den Medientexten (Orientierungsdiskurs) hergestellt, dennoch gehen die Postings weit darüber hinaus, wenn vermeintliche Erfahrungen und Übertreibungen als ein Bedrohungsszenario für die Gesellschaft und Nation heraufbeschworen werden. Dies erfolgt auf krone.at sehr direkt, wenn Roma beispielsweise als „scheiss PACK“ (mit 114 Zustimmungen, Nr. 430), „Sauhaufen“ (mit 125 Zustimmungen, Nr. 443) oder „diebisches wandervolk“ (mit 151 Zustimmungen, Nr. 23) (Tabelle 6) bezeichnet werden. Bei derstandard.at findet eine stärkere Verklausulierung statt. Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Foren ist jedoch, dass auf krone.at nur sehr selten dieser antiziganistische Diskurs durch gegenteilige Äußerungen durchbrochen wird, auf derstandard.at hingegen schon. Wie die vorherige Kontextualisierung aufgezeigt hat, werden selbst hetzerischen Postings nicht sanktioniert oder zumindest gesperrt, auch wenn die Plattformbetreiber auf den Inhalt direkt hingewiesen werden. Roma werden damit als eine Gruppe konstruiert, die den gesellschaftlichen Grundkonsens bedrohen, da sie Rechtsstaatlichkeit nicht anerkennen würden, ungerechtfertigt Sonderrechte für sich beanspruchen und erhalten würden sowie, überspitzt formuliert, die Tyrannei der Minderheit über die Mehrheit bringen.

Tabelle 6: Stereotype im Diskurs um Roma

krone.at (i)
„ALLE ROMA sind schlecht!!!! Die schauen nur das sie jeden betrügen, stehlen und ihre kinder und frauen würden sie sogar verkaufen (...“ (Nr. 430)
„(...) Die Frauen gehen auf den Strich, die Kinder werden zum Stehlen ausgeschickt und die Männer überfallen und rauben, stehlen usw (...). (Nr. 494).
„(...)Da der Großteil ihrer Habsehligkeiten aus Stahl besteht, DIEBSTAHL, werdens genau die Nummerntafeln runter nehmen.“ (Nr. 179)
„mit durch die gegend fahrn kann man sich seinen Lebensunterhalt verdienen? oder ab und zu a bruch oder a räuber!? wie viele hendln haben denn gfehlt in der gegend? im betteln sollns ja auch ganz gut sein. oder sind das alles exzentrische Millionäre?“ (Nr. 52)
„(...)ich weis nur das sie vor Jahren in meiner Heimatstadt einen öffentlichen Pendlerparkplatz wochenlang besetzten und rund um diesen zahlreiche Kinder zum Betteln geschickt wurden.“ (Nr. 291)
„@stauing – Um die brauchst Du dich nicht sorgen. Sie fahren teure Luxusautos, dicke Wohnwagen, sind mit Gold behangen wie Christbäume ...“(Nr. 223)
„Interessant ist es schon, wie sich ein so „arme“ Minderheit sich solche Autos leisten kann und woher das Geld für die Mercedes kommt.“ (Nr. 239)
„diebische wandervolk“ (Nr. 23)
„Arme Roma-Hascher!“ (Nr. 45)
„Dieses Volk hat keine Kultur“ (Nr. 10),
„marodierende[n]’ Volksgruppe“ (Nr. 77)
„Gesindel“ (Nr. 84),
„herumflaniere[n] horden“ (Nr. 138),
„schmarotzende ethnische Minderheit“ (Nr. 159)
„scheiss PACK“ (Nr. 430)
„Sauhaufen“ (Nr. 443).
derstandard.at (ii)
„Ich habe auch schon Erfahrungen mit Roma gemacht. Ist zwar schon einige Jahre her, aber damals mussten wir auch um unsere Gesundheit laufen, da die netten Roma mit Messern herumfuchtelten und dies ohne jegliche Provokation die Anwesenheit genügte schon. Die meisten Taschendiebstähle gehen übrigens auch auf das Konto dieser Volksgruppe. Da bin ich nicht unbedingt dafür sie als Märtyrer hinzustellen und sie noch zu verhätscheln. Zu einem Streit gehören immer mindestens zwei, dies sollte auch bedacht werden. PRO Vorratsgedankenspeicherung“ (6.9.2013, 10:19)
„Diese Volksgruppe schottet sich bewusst von der Ges. ab indem sie zB ihre Kinder nicht in die Schule schicken und ihnen den Kontakt mit Außenstehenden verbieten. Die soz. Spannungen werden noch weiter ansteigen“ (04.09.2013, 07:41)
„Vermüllung ist noch ein verharmlosender Ausdruck wie es dort nach dem Anzug ausgeschaut hat“ (3.09.2013, 19:31)
„die Sinti haben seit Jahrhundeten in Deutschland gelebt, und sich der Ordnung-ist-das-halbe-Leben-Mentalität angepasst; soll ich Ihnen denn wirklich die Unterschiedliche Vorstellung von Ordnung am Balkan und in Deutschland erklären?“ (4.9.2013, 07:36)
Hungerleider mit X5 und 7er BMW? (04.09.2013, 18:21)

Quelle: (i) krone.at (03.09.2013), (ii) derstandard.at (03.09.2013)

6. Homophobie

Der ÖVP-Umweltminister Andrä Rupprechter hat sich in einem Interview für einen „offenen Zugang“ zum Thema Adoptionsrechte für Homosexuelle ausgesprochen (siehe Tabelle 1). Diese Aussage löste zahlreiche Reaktionen in den Parteien und vor allem der ÖVP aus. Zum einen führt Rupprechter seine Position aus und begründet diese emotional-persönlich mit Verweis auf ihm vertraute homosexuelle Menschen und Kindern, die sich in diesen Partnerschaften wohl fühlen und zum anderen mit einem Verweis auf den Papst als „oberste Autorität auf Erden“. Am Ende der Beiträge werden die Reaktionen aus unterschiedlichen politischen Lagern angeführt. Die

Meldungen auf krone.at und derstandard.at sind überwiegend wortgleich zum APA-Artikel. Es gibt kleine Unterschiede in den Zwischenüberschriften sowie Ergänzungen in den beiden Artikeln. Während krone.at in der Überschrift den Begriff „Schwule“ nutzt, verwendet derstandard.at „Homosexuelle“ (Tabelle 7). Die Unterschiede sind zudem in den Auslassungen zu finden, da derstandard.at von den kritischen Reaktionen der ÖVP und der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände berichtet. Dennoch wird aus beiden Berichten klar, dass es sich um eine individuelle Stellungnahme eines Politikers handelt und kein Gesetzesvorschlag dahinter steht.

Der Orientierungsdiskurs verweist durch die Benennung unterschiedlicher Reaktionen seitens ande-

Tabelle 7: Orientierungsdiskurs Homosexuelle

Textelemente	krone.at (i)	derstandard.at (ii)	APA (iii)	Implikationen für Orientierungsdiskurs
Titel	„Offener Zugang“ bei Adoptionsrecht für Schwule	Rupprechter bekräftigt Vorstoß für Homosexuelle	Adoptionsrecht: Rupprechter bekräftigt Vorstoß für Homosexuelle	Rupprechter wird in Krone nur kein über den Titel gesetzt, allerdings Foto deutlich sichtbar Unterschiedliche Wortwahl Schwule/Homosexuelle; der umgangssprachliche Begriff „Schwule“ eher umstritten und negativ konnotiert
Lead	Andere Reihung, gleiche Zitate	Identisch	Identisch	Persönliche Stellungnahme eines ÖVP-Politikers
Zwischenüberschriften	„Nicht bereit, Homosexuelle auszugrenzen“ „Grüne erfreut, FPÖ erschüttert“	„offener Zugang“, gegen Ausgrenzung, gegen „Diskussionsverweigerung“ „Homosexuelle Menschen, die ich sehr lieb habe“ „Stelle mich der Diskussion“ „Katholische Verbände äußern „wenig Verständnis und große Bedenken“ Grüne erfreut FPÖ: „Einfach unfassbar“	„offener Zugang“, gegen Ausgrenzung, gegen „Diskussionsverweigerung“	Persönliches Moment wird herausgestellt, Reaktionen von Parteien sichtbar, Standard zudem Nennung von „Katholischen Verbänden“
Begrifflichkeiten	Schwule Homosexuelle Homosexuelle Menschen Homosexuelle Partnerschaften	Homosexuelle Homosexuelle Menschen Homosexuelle Partnerschaften		Krone benutzt umgangssprachlichen und auch problematischen Begriff „Schwule“ Weitere Begriffe zumeist als Zitate
Zusätze/Auslassungen	Reaktion Parteien (außer ÖVP)	Reaktion Parteien Reaktion Katholische Verbände		

Quelle: (i) krone.at (03.03.2014), (ii) derstandard.at (03.03.2014), (iii) APA (03.03.2014)

rer-Akteure darauf, dass es sich um ein umkämpftes diskursives Feld handelt, wo sich widersprechende Orientierungsdiskurse sichtbar werden. In der Begrifflichkeit stellt insbesondere die Verwendung von „Schwule“ bei krone.at einen Unterschied dar. Dieser Begriff ist umstritten, da er primär mit homosexuellen Männern in Verbindung gebracht wird und durchaus eine negative Konnotation beinhaltet. Im Folgenden wird dargestellt, wie sich das auf der Mikroebene der PosterInnen widerspiegelt. Der erste Bereich betrifft die Priorisierung von Rechten Homosexueller versus denen der Kinder. Zudem wird häufig eine naturrechtliche Argumentation angeführt, welche bestimmte Lebensweisen legitimiert bzw. delegitimiert und damit der Diskussion in einer Gesellschaft faktisch entzieht sowie eine Verwendung von Stereotypen.

Bei krone.at wurden 199 Postings zu dem Thema verfasst, bei derstandard.at 584. Auch hier zeigt sich, dass nicht alle einen Bezug zur Minderheit haben und vor allem partei- oder innenpolitische Aspekte diskutiert werden. Bei derstandard.at lassen sich vier abwertende Postings finden, die jeweils Teil einer Diskussion sind bzw. eine solche auslösen. Zwei davon werden eindeutig negativ bewertet (03.3.2014, 18:53 mit 48 negativen Wertungen 03.3.2014, 17:51 mit 66). Auf krone.at lassen sich 38 Postings mit dezidiert negativen Äußerungen zu der hier konstruierten Gruppe finden. Diese werden häufig klar positiv bewertet, lösen allerdings auch häufig Reaktionen von anderen aus (z.B. Nr. 24). Ebenso werden klar positive Postings sehr negativ bewertet (z.B. Nr. 3 mit 227 negativen Abstimmungen).

a) Priorisierung von Rechten/Schutz des Kindes

Eine Argumentationslinie bezieht sich auf die Abwägung zwischen dem Recht/Schutz des Kindes und der Frage der Gleichstellung von Homosexuellen. Weiterhin wird die Wichtigkeit anderer Probleme angeführt, um die Relevanz des Themas abzuschwächen.

Es wird gegen die Gleichstellung von heterosexuellen und homosexuellen Paaren in Bezug auf das Adoptionsrecht zum einen mit dem Schutz des Kindes argumentiert und teilweise die Rechte der Kinder gegen die Rechte Homosexueller abgewogen. Dies suggeriert unvereinbare diametral gegenüberstehende Interessen von Kindern und Homosexuellen. Wenn der vermeintlich notwendige Schutz der Kinder überhaupt begründet und nicht nur deklariert wird, so erfolgt dies häufig mit dem Verweis auf Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft oder mit dem Festhalten an einem wertkonservativen klassischen Familienbild aus Vater, Mutter, Kind(ern) (Tabelle 8). Weiterhin erfolgt eine Trennung zwischen Privat und Öffentlich. Damit wird relativiert, dass es nicht um eine generelle negative Einstellung zu einer Minderheit geht, sondern Sexualität reine Pri-

vatsache sei und hier damit im Kern für alle der gleiche Grundsatz herrsche. Eine gesellschaftliche Anerkennung von homosexuellen Partnerschaften erscheint vor dieser Argumentation als unnötig und negiert die Tatsache, dass Partnerschaften Teil einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit sind. Somit wird die traditionelle Familie als gesellschaftlicher Grundkonsens entworfen und verteidigt, sodass ein plurales Verständnis von Familie und Kindererziehung als Werteverfall diskutiert werden.

b) Naturrechtliche Argumentation

Die skizzierte Argumentationslinie wird darüber hinaus zugespitzt, da naturrechtlich-biologistische Begründungen als Beleg herangezogen werden. Diese Art der Argumentation entzieht sich damit eines demokratischen Aushandlungsprozesses.

Das menschliche Zusammenleben reduziert sich nach dieser Lesart auf Naturverhältnisse, die bestimmte Lebensweisen als unverrückbar vorgeben. Der Grundkonsens wird damit nicht mehr kulturell sondern biologisch hergeleitet. Homosexualität wird der Logik folgend als widernatürlich, anormal gedeutet. Die Postings (Tabelle 9) offenbaren, dass die Argumentationen der PosterInnen (überwiegend auf krone.at) in einem zynischen, menschenverachtenden Tonfall gehalten sind. Die Metaphern zeugen von Hetze und Abwertung. Ein Posting lautet „Schwule sind widerlich und abstoßend, Lesben sollten sich vögeln lassen, wenn sie Kinder haben wollen.“ (Nr. 197) und zeigt besonders deutlich, dass es nicht um einen Austausch über rechtliche Normen geht, sondern um Homophobie. Auch das folgende Posting verweist auf diesen Diskursstrang.

es wird schön langsam Zeit, dass sich die Forschung mit der Erschaffung eines „sexlosen“ Menschengebildes beschäftigt und in Bälde realisiert. Ein „ES“, nicht Fisch, nicht Fleisch wäre das non plus ultra für die Befriedigung dieser heterophoben Sexisten oder schlichtweg pharisäerischen Rassisten (Nr. 180).

c) Stereotype

Folgende stereotype Vorstellungen sind zwar in der Wortwahl gemäßigter, sprechen aber ebenfalls Homosexuellen im Kern die Existenzberechtigung ab. Homosexualität wird als „selbst gewählte“ Lebensform, (Nr. 96) ironisiert: „Schwule Eltern, was jetzt alles so möglich ist? is das modern? Must have?“ (Nr. 99). Ein weiterer Stereotyp betrifft, wie bereits ausgeführt, die Annahme, dass Homosexuelle minderwertige Eltern seien. Auf derstandard.at wird hingegen das Stereotyp der reichen Homosexuellen bedient. So wird in einem Beitrag auf die große Zahl von unzureichend versorgten Kindern angespielt und ironisch argumentiert: „(...) und da sind

Tabelle 8: Schutz des Kindes/Gleichstellung**krone.at (i)**

„Kein Adoptionsrecht Für Homos und Aus!!!!!!! die Armen Kinder“ (Nr. 123);

„warum bestraft man kinder, was können die kinder dafür ??“ (Nr.194)

„Kinder Schwulen zu überlassen ist ein interessantes Experiment - mit Kindern allerdings!“ (Nr.164).

„(...) Hat der typ [Rupprechter] sich mal überlegt was für terror das kind dann in der schule erwartet?“ (Nr.8)

„Bescheuerte Idee. Sicher gaaaaaaaanz toll für die Kinder, wenn sie dann in der Schule täglich wegen der zwei Väter/Mütter von anderen verarscht werden. (Nr.70)

„ Mir tun die armen Kinder leid. Die Mama bringt das Kind zur Schule und alle lachen weil sie einen Vollbart hat. Diese Kinder werden dann irgendwann Selbstmord begehen weil sie eine grauenhafte Kindheit hatten. Außerdem gibt es viele andere Probleme die wichtiger sind wie das mit den Asylwerbern. Wieso suchen wir diese nicht und schicken sie wieder zurück??? (Nr.187)

„lesb. Eltern san a ka Vorbild!“ (Nr.101)

„Keine Kinder für Homosexuelle & Lesben! Den Kindererziehung ist eine Sache für Mann und Frau!“ (Nr. 7)

„Es gibt mehr Familien die ein Adoptivkind annehmen und es aufziehen möchten als Adoptivkinder.Warum sollte ausgerechnet ein Schwulen-oder Lesbenpaar Anrecht auf ein Adoptivkind haben? Warum um alles in der Welt sollte man das Weltbild der Allgemeinheit verändern? Nur um das Schwulsein gesellschaftsfähiger zu machen?Die Welt ändert sich immer,da gebe ich Ihnen recht,Ansichten auch aber der Verstand zeigt auf,dass Homos nicht gleichgestellt werden können wie Ehepaare die ein Kind großziehen.“ (Antwort auf Nr. 190)

„nix gegen solche sonderbaren ehen,a ber adoption geht moralisch einen falschen weg (...) (Nr. 55)

„hinter verschlossenen türen kann jeder machen was er will-wir heteros treiben es ja auch nicht auf der straße ! vor allem haben wir nicht den zwang tagtäglich uns als heteros in der öffentlichkeit outen zu müssen !! (Nr. 54)

derstandard.at (ii)

„ eh ist die Aussage grundsätzlich zu begrüßen, aber zwischen „nicht ausgrenzen“ und „kinder adoptieren“ liegen hat schon welten an diskussionsbedarf“ (04.03.2014, 13:50).

„(...) Jedenfalls sollte im Interesse der Kinder bei Adoptionen heterosexuelle Paare immer bevorzugt werden“ (04.03.2014; 09:39).

„(...) Homosexuelle Paare sollten alle Rechte haben wie auch alle anderen auch mit der Ausnahme auf das Recht von Kindern. Das ist meiner Meinung nach ungeachtet wie viel Gegenwehr jetzt kommen mag...Ist mir auch egal! Manchmal habe ich ja sowieso den Eindruck man ist Homo weil gerade halt „IN““ (04.03.2014, 09:04)

„worin liegt die diskriminierung? Der gleichheitsgrundsatz heisst: ein mann und eine frau können ein kind bekommen, nicht immer aber immerhin biologisch möglich“ (05.03.2014, 21:03)

Quelle: (i) krone.at (03.03.2014), (ii) derstandard.at (03.03.2014)

Tabelle 9: Naturrechtlich-biologische Argumentation**krone.at (i)**

„Da sich Homosexuelle nicht auf natürlichem Weg fortpflanzen können, hat die Natur offensichtlich kein Interesse an der Vermehrung. ...“ (Antwort auf Posting Nr. 179).

„In der Natur werden solche Tiere links liegen gelassen bzw. gejagt. Nur bei den Menschen will man den 95% sagen, dass solche Menschen die gleichen Rechte haben sollen wie der normale Mensch.“ (Nr. 47)

„wieder so ein gescheiter Politiker. Die wollen einfach alles umdrehen, auch gegen die Natur. Völkeraustausch, vielleicht kommt man bald auf die Oder, daß man Schwulen hinten eine Gebärmutter einpflanzen könnte!“ (Nr. 179)

@karrrramba/163: das hat nicht mit toleranz zu tun sondern mit ethik! kinder gehören nun einmal zu mann u. frau! so ist es von der natur vorgegeben und so soll es auch bleiben. wenn 2 männer(frauen) zusammenleben wollen ist das ihre sache, doch alles hat grenzen!! (Nr. 162)

„Jedes Kind hat das Recht

auf eine Mutter und einen Vater und darf nicht mutwillig vorprogrammierten Diskriminierungen ausgesetzt werden. Wenn diese Menschen heiraten wollen, ist das ihr Problem, aber niemanden steht es zu, in die Natur einzugreifen.“ (Nr. 159)

Herr Rupprechter, mit diesem SCHMARREN hauen sie sich aber schon über die HÄUSER – gell??? Unglaublich, dieser TYP !!! Es ist von der Natur nicht vorgesehen, daß SCHWULE, LESBEN Kinder haben (gebären) das ist der Preis für eine selbst gewählte „LEBENSFORM“ – PUNKT !!!! (Nr. 96)

Jedes Paar, das sich von Natur aus nicht fortpflanzen kann, ich rede nicht von unfruchtbaren Hetero Ehen, sondern von gleichgeschlechtlichen Paaren, sollten ihre Kinderwünsche an den Weihnachtsmann schicken, vielleicht reagiert er ja. (Nr. 57)

„<<<in der Natur gibt es das Gesetz, dass jedes Lebewesen oder jede Pflanzenart sich fortpflanzt um das Weiterleben zu sichern und deshalb gibt es bei den Tieren und Menschen Weibchen und Männchen und nur wenn beide sich finden, dann können sie sich fortpflanzen. Das hat die Natur so eingerichtet! Es gibt auch Zwitter im Tierwesen die deren Überleben sichern. Bei Menschen gibt es Mann und Frau<<<<< (Nr. 52)

„Die Natur gibt aber andere Gesetze vor! Homosexualität kann praktizieren wer will, aber Kinder können die nicht auf natürliche Weise in die Welt setzen. Was folgere ich daraus?“ (Nr. 20)

derstandard.at (ii)

„Haben Kinder kein natürliches Anrecht auf Vater und Mutter? Sehen also die Rechte von Erwachsenen höher als die von Kindern?“ (03.03.2014, 13:27).

Quelle: (i) krone.at (03.03.2014), (ii) derstandard.at (03.03.2014)

die HomoMänner da doch gut geeignet meine ich weil die haben Geld und Zeit (...)" (03.03.2014, 18:53).

Auf beiden Plattformen gibt es somit homosexuellenfeindliche Postings. Die Analyse der Postings auf *derstandard.at* zeigt eindeutig, dass Toleranz und Akzeptanz von Schwulen und Lesben von einem Großteil der PosterInnen in Bezug auf Homosexuelle eingefordert und ggfs. auch verteidigt wird. Homophobe Kommentare sind sehr selten und lösen negative Bewertungen aus. Auf *krone.at* sind diese in der Mehrzahl und werden positiv bewertet. Insgesamt wird Homosexualität und speziell das Adoptionsrecht als Bedrohung der Mehrheitsgesellschaft in der Gestalt empfunden, da tradierte (und idealisierte) Familienmodelle und Geschlechterverhältnisse in Frage gestellt werden. Allerdings zeichnet sich eine Polarisierung der Gesellschaft ab, die ja ebenso in der Pluralismusforschung als Bedrohung für einen vermeintlich notwendigen gesellschaftlichen Grundkonsens gesehen wird.

7. Fazit

Postings sind eine direkte und zumeist niederschwellige Form der politischen Partizipation. Die Partizipationsforschung, die sich mit etablierten Demokratien beschäftigt, geht zumeist implizit von der demokratiefördernden Wirkung von Partizipation aus. In diesem Artikel wurden Postings zu Beiträgen analysiert, die sich mit Roma und Homosexuellen befassen. Ziel war es, den antipluralistischen Tendenzen in unterschiedlichen (Teil-)Öffentlichkeiten nachzugehen und diese sichtbar zu machen. Angesichts der Frage nach antipluralistischen Argumentationen in den Foren wurden folgende Argumentationsstränge erkennbar:

Die „eigene“ Wertbasis wird diskursiv erhöht – allerdings auch inkonsequent argumentiert – zugleich wird den „Anderen“ eine andere konfligierende Wertebasis unterstellt (etwa Roma). Der im Pluralismuskonzept angelegte Idee von Sonderrechten für Gruppen wird eine klare Absage erteilt, während parallel solche Rechte als bereits existent konstruiert werden. In diesem Kontext zeigt sich aber auch, dass die hier untersuchten PosterInnen sensibilisiert für die Frage von Diskriminierung sind, sich also der antipluralistischen Tendenz bewusst sind. Allerdings erfolgt eine Umkehrung der Argumentation, sodass die Mehrheit nun Opfer der Tyrannei der Minderheit und Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt sei. Häufig wird also mit Pluralismus argumentiert, um antipluralistische Einstellungen zu legitimieren. Oder die zu erwartende Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft dient als Begründung, Rechte nicht auf diese Gruppen auszuweiten (Adoption). Eine andere argumentative Strategie ist zudem mit einer naturrechtlichen Begründung gewisser Aspekte aus dem

gesellschaftlichen Aushandlungsprozess (und damit der klassischen Pluralismustheorie) zu entziehen. Anscheinend hat der Orientierungsdiskurs eine geringe Bedeutung für die Online-Diskussion.

Die Analyse hat gezeigt, dass Berichterstattung über „Roma“ zahlreiche antipluralistische Postings auslöst und hier eine Minderheit anhand von stereotyper Zuschreibung als kriminell, faul, integrationsunwillig und politisch bevorzugt konstruiert wird. Dabei scheint der Verwendung von herablassenden, offen diskriminierenden Argumentationslinien und Begrifflichkeiten kaum Grenzen gesetzt zu sein. Insgesamt wird daher in diesem öffentlichen Teildiskurs einer multikulturellen Gesellschaft eine Absage erteilt. Das eigentliche Diskursereignis scheint lediglich eine Plattform zu bieten, wo existierende Ressentiments öffentlich diskutiert werden. Allerdings ist zu bezweifeln, dass diese marginalisierte Gruppe gesellschaftliche Orientierungslosigkeit und Sinnkrisen auslösen kann, wie es theoretisch formuliert wurde. Es ist im Falle von „Roma“ vielmehr eine imaginierte Bedrohung, die sich über stereotype Identitätskonstrukte herausbildet. Die Unterschiede zwischen *krone.at* und *derstandard.at* liegen in der Radikalität der formulierten Ablehnung und der argumentativen Unterfütterung. Diese findet bei *krone.at* in geringerem Maße statt und bezieht sich bei *derstandard.at* auf „Erfahrungsberichte“.

Die persönliche Stellungnahme eines ÖVP-Politikers, der für das Adoptionsrecht von Homosexuellen plädiert, resultiert in den beiden untersuchten Medien in sehr unterschiedlichen Posting-Debatten. Auf *krone.at* wird radikal, ablehnend argumentiert, sei es religiös, biologistisch, auf vermeintlich traditionellen Familienwerten basierend, oder zum Schutz der Kinder vor homosexuellen Eltern oder potentieller Diskriminierung der Mehrheitsgesellschaft. Auf *derstandard.at* gibt es hingegen vereinzelte Postings, die beleidigend sind, während die überwiegende Mehrheit diesen Vorschlag begrüßt. Größtenteils wird in den ablehnenden Postings eine Argumentation verwendet, die zuerst auf die generelle Toleranz gegenüber Homosexuellen abhebt und dann unterschiedliche Rechte (Rechte der Homosexuellen/Rechte der Kinder/Rechte von Homosexuellen vs. Rechte von Heterosexuellen) gegeneinander abwägt. Dennoch, die hier sichtbare Polarisierung verweist darauf, dass die vollständige Gleichsetzung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren zu einer richtungsentcheidenden gesellschaftlichen Wertedebatte überhöht wird und dabei Pluralismus als demokratischer Wert an sich ins Abseits gerät.

Der Befund für die hier untersuchten Beiträge ist damit eindeutig: Antipluralismus in Form von Antiziganismus und Homophobie ist in der Mitte der Gesellschaft verankert – wobei sich „Mitte“ auf den Ort des Diskurses bezieht. Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei den

ausgewählten Online-Portalen nicht um Spezialforen am rechtsextremen Rand sondern um Mainstream Medien. Zwar gibt es hier durchaus erwartbare Unterschiede in den beiden Online-Portalen und in Bezug auf die Minderheiten, dennoch zeigt sich, dass dies kein ausschließliches Phänomen von Boulevard-Medien ist. Vor dem Hintergrund der theoretischen Überlegungen zu Pluralismus und Multikulturalismus zeigt sich, dass die fortschreitende negative Konnotation dieser Konzepte eine beunruhigende Entwicklung für die Demokratie darstellt. Gesellschaftlicher Pluralismus wird nicht selten fiktiven Bedrohungsszenarien geopfert. Die aktuelle Flüchtlingskrise scheint dies in besonders dramatischer Weise nochmals zu verdeutlichen.

Literatur

- Ajanovic, Edma/Stefanie Mayer/Birgit Sauer (2015). Bedrohte Räume Antipluralismus in rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Diskursen in Österreich, in: *Austrian Journal of Political Science*, Vol. 44(2), 75-85.
- Barany, Zoltan (1998). Ethnic mobilization and the state: the Roma in Eastern Europe, in: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 21(2), 308-327.
- Bielefeldt, Heiner (2007). Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft: Plädoyer für einen aufgeklärten Multikulturalismus, Bielefeld.
- Brubaker, Rogers (2002). Ethnicity without groups, in: *European Journal of Sociology*, Vol. 43(2), 163-189.
- Drücke, Ricarda (2013). Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit, Bielefeld.
- Eisenberg, Avigai/Jeff Spinner-Halev (Hg.) (2005). Minorities within Minorities. Equality, Rights and Diversity, Cambridge.
- End, Markus (2011). Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22-23, 15-21.
- Ettinger, Patrik (2013). Qualität der Berichterstattung über Roma in Leitmedien der Schweiz. Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft, Bern. Internet: http://www.ekr.admin.ch/pdf/EKR_20131205_2_d.pdf (Zugriff 10.06.2015).
- Heitmeyer, Wilhelm (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: *ders.* (Hg.): *Deutsche Zustände – Folge 1*, Frankfurt/Main, 15-34.
- Herek, Gregory M. (2004). Beyond „Homophobia“: Thinking About Sexual Prejudice and Stigma in the Twenty-First Century, in: *Sexuality Research & Social Policy*, Vol. 1(2), 6-24.
- Holthaus Leonie/Thomas Noetzel (2012). Demokratischer Pluralismus versus despotische Herrschaft, in: Oliver W. Lembcke/Claudia Ritz/Gary S. Schaal (Hg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie*, Band 1: Normative Demokratietheorien, Wiesbaden, 33-62.
- Holtz, Peter/Wolfgang Wagner (2009). Essentialism and Attribution of Monstrosity in Racist Discourse: Right-wing Internet Postings about Africans and Jews, in: *Journal of Community Applied Social Psychology*, Vol. 19(6), 411-425.
- Kymlicka, Will (1995). *Multicultural citizenship*, Oxford.
- Lipset, Seymour Martin/Earl Raab (1971). *The Politics of Unreason. Right-Wing Extremism in America, 1790-1970*, London.
- Neubert, Stefan/Hans-Joachim Roth/Erol Yildiz (2013). Multikulturalismus – ein umstrittenes Konzept, in: *dies.* (Hg.): *Multikulturalität in der Diskussion: Neue Beiträge zu einem umstrittenen Konzept*, 3. Auflage, Wiesbaden, 9-29.
- de Nève, Dorothee (2013). LeserInnenbriefe – BürgerInnen melden sich zu Wort, in: Dorothee de Nève/Tina Olteanu (Hg.): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*, Opladen, 105-126.
- Österreichische Auflagenkontrolle (2013). Anzahl der verkauften Zeitungen 809.990 im Jahr 2012. Internet: http://www.oek.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2012_JS_20130711_KORR.pdf, (Zugriff 10.01.2015)
- Plattner, Marc F. (2010). Populism, Pluralism, and Liberal Democracy, in: *Journal of Democracy*, Vol. 21(1), 81-92.
- Romano Centro (2013). Sonderausgabe: Antiziganismus in Österreich. Internet: http://www.romano-centro.org/index.php?option=com_docman&Itemid=18 (Zugriff 10.01.2015)
- Rössler, Patrick (2010). Das Medium ist nicht die Botschaft, in: Martin Welker/Carsten Wunsch (Hg.): *Die Online-Inhaltsanalyse*, Köln, 31-43.
- Rowe, Lottie/Simon Goodman (2014). „A stinking filthy race of people inbred with criminality.“ A discourse analysis of prejudicial talk about Gypsies in discussion forums, in: *Romani Studies*, Vol. 24(1), 25-42.
- Salzborn, Samuel (2011). Extremismus und Geschichtspolitik, in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich/Harald Schmid (Hg.): *Jahrbuch für Politik und Geschichte*, Vol. 2, 13-25.
- Santana, Arthur D. (2014). Virtuous or Vitriolic, in: *Journalism Practice*, Vol. 8(1), 18-33.
- Schmidt, Manfred G. (2010). *Wörterbuch zur Politik*, Stuttgart.
- Statistik Austria (2015). Internetnutzerinnen und Internetnutzer 2014. Internet: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html (Zugriff 10.06.2015)
- Strasser, Sabine/Elisabeth Holzleithner (Hg.) (2010). *Multikulturalismus queer gelesen: Zwangsheirat und*

gleichgeschlechtliche Ehe in pluralen Gesellschaften, Frankfurt/Main.

Thiele, Martina (2015). Medien und Stereotype: Konturen eines Forschungsfeldes, Bielefeld.

Tiefenbacher, Barbara/Stefan Benedik (2012). Auf der Suche nach den „wahren Merkmalen“. Beispiele für Ethnisierungen von RomNija in der österreichischen und slowakischen Presse, in: Andreas *Kriwak/Günther Pallaver* (Hg.): Medien und Minderheiten. Innsbruck, 215-237

Trültzsch, Sascha (2009). Kontextualisierte Medieninhaltsanalyse. Mit einem Beispiel zum Frauenbild in DDR-Familienserien, Wiesbaden.

Weidenfeld, Werner/Volker Then u. a. (1999). Orientierungssuche des Westens – zwischen gesellschaftlicher Sinnkrise und globaler Zivilisation. Zwölf Thesen, in: Werner *Weidenfeld* (Hg.): Dialog der Kulturen. Orientierungssuche des Westens – zwischen gesellschaftlicher Sinnkrise und globaler Zivilisation, Bellevue-Gespräche I, 2. Auflage, Gütersloh, 13-26.

Im Text zitierte Medienquellen:

APA (03.03.2014). *Adoptionsrecht: Ruppachter bekräftigt Vorstoß für Homosexuelle.*

APA (03.09.2013). *Rund 100 Roma wurden in Bischofshofen von Jugendlichen provoziert.*

derstandard.at (11. 02.2011). Auch Sarkozy erklärt Multikulturalismus für gescheitert, abrufbar unter: <http://derstandard.at/1297216081044/Nach-Merkel-Auch-Sarkozy-erklaert-Multikulturalismus-fuer-gescheitert> (Zugriff 10.01.2015)

derstandard.at (03.09.2013). Bischofshofner Jugendliche vor Roma-Camp: Polizei verhindert Übergriffe, <http://derstandard.at/1376535491534/Bischofshofner-Jugendliche-vor-Roma-Camp-Polizei-verhindert-Uebergriffe> (Zugriff 10.01.2015)

derstandard.at (03.03.2014). Ruppachter bekräftigt Vorstoß für Homosexuelle, <http://derstandard.at/1392686930187/Katholische-Verbaende-kritisieren-Ruppachters-Aussagen> (Zugriff 10.01.2015)

derstandard.at (23.09.2014). Lasst uns diskutieren – aber anders. http://derstandard.at/2000005897373/Lasst-uns-diskutieren-aber-anders?_blogGroup=1&ref=rec (Zugriff 10.01.2015)

derstandard.at (01.01.2015). Community-Richtlinien. <http://derstandard.at/2934632/Forenregeln-Community-Richtlinien?ref=rec> (Zugriff 10.01.2015)

derstandard.at (o.J.). <http://derstandard.at/1339639354031/Offenlegung-gemaess-25-Abs-2-und-3-MedienG> (Zugriff 10.01.2015)

Krone.at (03.09.2013). Jetzt legal campiert: Erneute Konfrontation mit Roma-Gruppe in Salzburg, http://www.krone.at/Oesterreich/Erneute_Konfrontation_

[mit_Roma-Gruppe_in_Salzburg-Jetzt_legal_campiert-Story-374482#](http://www.krone.at/Oesterreich/Erneute_Konfrontation_mit_Roma-Gruppe_in_Salzburg-Jetzt_legal_campiert-Story-374482#) (Zugriff 10.01.2015)

Krone.at (03.03.2014). Ruppachter: „Offener Zugang“ bei Adoptionsrecht für Schwule, http://www.krone.at/Oesterreich/Offener_Zugang_bei_Adoptionsrecht_fuer_Schwule-Ruppachter_-Story-395610 (Zugriff 10.01.2015)

Krone.at (o.J.). Impressum, http://www.krone.at/ueberkrone.at/krone.at_Impressum_und_Offenlegung-Story-37371 (Zugriff 10.01.2015)

ORF Salzburg (19.12.2013). Hetze gegen Roma „kein Lausbubenstreich“, <http://salzburg.orf.at/news/stories/2621414/> (Zugriff 03.01.2015)

ORF Salzburg (30.07.2014). Hetze gegen Roma: Sieben Männer verurteilt, <http://salzburg.orf.at/news/stories/2660456/> (Zugriff 03.01.2015)

Autorin

Tina Olteanu ist Universitätsassistentin (post-doc) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Austrian Marshall Plan Fellow 2015/2016 am SAIS Center for Transatlantic Relations, Johns Hopkins University, Washington, D.C.. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratieforschung, Transformations-, Partizipations- und Korruptionsforschung.

